

Von den zahlreichen Strategien, die sich aus diesen Trends ergeben – und sich von Land zu Land unterscheiden –, werden folgende als gemeinsam bzw. länderübergreifend erachtet:

- *im Bereich Wirtschaft und Technologie:*

Strategien zur Verbesserung der Anreize für alle Akteure, sich für die berufliche Bildung einzusetzen, spezifische Bedürfnisse bestimmter Zielgruppen, Regionen, Sektoren und Unternehmen (KMU) zu antizipieren und das Entstehen von lernenden Organisationen und Wissensmanagement zu fördern;

- *im Bereich Beschäftigung und Arbeitsmarkt:*

das Hinwirken auf „moderne Arbeitskräfte“ und moderne Arbeitsverträge sowie die Einrichtung flankierender Strukturen und besonderer Maßnahmen für Risikogruppen;

- *betreffend den Bereich Berufsbildung, Fertigkeiten und Wissenserwerb:*

Strategien zur Verbesserung der Transparenz mit Blick auf die Qualifikationsstrukturen (einzelstaatlich und europäisch) und die Mobilität (räumlich und beruflich), um die persönliche Entwicklung (von Einzelpersonen und Unternehmensmitarbeitern) zu unterstützen und die soziale Ausgrenzung zu bekämpfen, um grundlegendere und allgemeinere Kenntnisse bereitzustellen (neben technischen/berufsspezifischen) und um besonderen Altersgruppen (älteren Beschäftigten) mehr Aufmerksamkeit zu schenken und sowohl die Unternehmen als auch Einzelpersonen zu überzeugen, mehr in Erstausbildung und berufliche Weiterbildung zu investieren.

Mit dem Projekt soll die europaweite Diskussion zur Zukunft der Berufsbildungspolitik angeschoben werden. Somit war diese erste Phase ein positiver Schritt in diese Richtung.

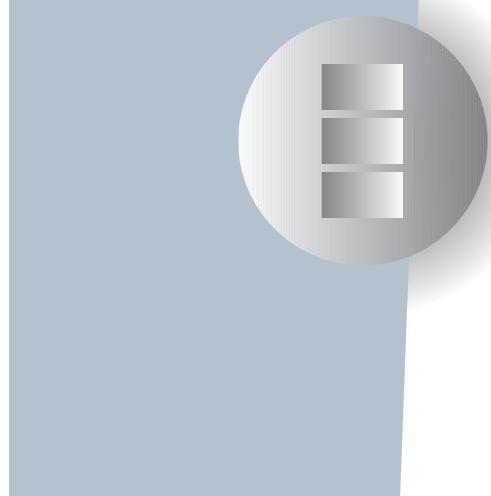
Die zusammenfassende Darstellung des Berichts und dessen Synthese liegen in englischer Sprache vor²; der Gesamtbericht wird voraussichtlich noch in diesem Jahr veröffentlicht werden.³ ■

Anmerkungen

1 Ausführlicheres Protokoll mit den Hauptergebnissen auf Anfrage verfügbar

2 CEDEFOP/Europäische Stiftung für Berufsbildung (2000): *Scenarios and Strategies for Vocational Education and Training in Europe, executive summary and synthesis of European level report, phase 1, paper for the European Conference, Thessaloniki/Turin/Amsterdam, 30 S.*

3 Kontaktpersonen im CEDEFOP: Burkart Sellin (bs) und Manfred Tessaring (mt) via www.cedefop.eu.int;



Bericht über die Sitzung 1/2000 des Hauptausschusses am 15. und 16. März 2000 in Bonn

► Mit dem Jahr 2000 begann auch ein neues Kapitel in der Geschichte des Hauptausschusses: Zum ersten Mal tagte er in dem neuen Dienstgebäude des Bundesinstituts für Berufsbildung in Bonn, dem „Langen Eugen“. Und ob es am Genius Loci lag oder nicht – zum ersten Mal seit 1992 nahm das „Parlament der beruflichen Bildung“ wieder in einem einstimmigen Beschluss von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Ländern zum diesjährigen Berufsbildungsbericht Stellung.

Mit ihrer gemeinsamen Stellungnahme zum Entwurf des Berufsbildungsberichts zeigten alle Beteiligten ihren demonstrativen Willen zur Einigkeit und zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung sowie zur Verbesserung des betrieblichen Ausbildungsplatzangebots in Deutschland. Die Stellungnahme der Länder gab mit einigen einvernehmlich getroffenen Veränderungen die Grundlage für den gemeinsamen Text. In der Stellungnahme des Hauptausschusses wird die derzeitige Ausbildungssituation als tendenziell positiv bewertet, doch seien nach wie vor große Anstrengungen erforderlich, um für alle Jugendlichen, die können und wollen, ein ausreichendes Lehrstellenangebot bereitzustellen. An die Wirtschaft wird appelliert, das betriebliche Ausbildungsplatzangebot weiter zu steigern. Weiter betont die Stellungnahme:



Von links nach rechts: die neuen Mitglieder Ingrid Sehrbrock, Vorsitzende des Hauptausschusses, und Achim Meyer auf der Heyden, die ausgeschiedenen Mitglieder Ministerin Dr. Regina Görner (seit 1994) und Siegfried Hahn (seit 1976)

- Der Hauptausschuss begrüßt die Entscheidung der Bundesregierung, das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit mit Schwerpunkt Ostdeutschland in seiner Laufzeit bis Ende 2000 für laufende und neue Maßnahmen zu verlängern und nochmals mit zwei Milliarden Mark auszustatten.
- Positiv sei die Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots bei neuen Ausbildungsordnungen (30.000 Verträge bei Berufen, deren Ausbildungsordnungen in den letzten drei Jahren erlassen wurden), was die Aktualität und Flexibilität des deutschen Berufsbildungssystems zeige.
- Insbesondere im IT-Bereich mehrten sich die Anzeichen, dass die Wirtschaft ihren Fachkräftebedarf nicht mehr werde decken können, was auch die Notwendigkeit einer verbesserten Früherkennung zukünftigen Qualitätsbedarfs unterstreiche.
- Der Hauptausschuss erwartet bei der nächsten statistischen Erhebung mit Stichtag 30.9.2000 eine statistische Differenzierung zwischen betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnissen, um zu einem realistischeren Überblick über den tatsächlichen Anteil an staatlichen Fördermaßnahmen in der Berufsbildung zu gelangen.

Auch der Haushalt 2001 des Bundesinstituts wurde einstimmig ohne Veränderungen beschlossen. Der Hauptausschuss wird die weitere Entwicklung kritisch begleiten und erwartet insbesondere durch die Implementierung von Controlling für die Zukunft ein wirkungsvolles Steuerungselement.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig das Forschungsprogramm 2000 und nahm die Vorhabenplanung und Projekte, die von Dritten finanziell gefördert werden, zur

Kenntnis. Das Arbeitsprogramm 2000 des Bundesinstituts umfasst 72 Vorhaben und 42 Forschungsprojekte. Im Laufe des letzten Jahres wurden 13 Forschungsprojekte sowie 29 Vorhaben beendet und 11 Forschungsprojekte sowie 41 Vorhaben begonnen.

Neu wurde das Forschungsprojekt 3.3006 – Förderung und Effizienz der Verbundausbildung – in das Forschungsprogramm aufgenommen. Zugestimmt mit der Maßgabe, zwei zusätzliche Forschungsfragen zu neuen Lernformen und zu den Auswirkungen neuer Strukturmodelle zu untersuchen, wurde der Verlängerung des Forschungsprojekts 6.3002 – Perspektiven von ergänzenden überbetrieblichen Maßnahmen in der Ausbildung des Handwerks unter besonderer Berücksichtigung berufspädagogischer Aspekte.

Bei den Mitteilungen des Generalsekretärs wurde der Durchführung von Befragungen im Rahmen des Vorhabens 4.0522 – Evaluation von Prüfungsvorschriften in Ausbildungsordnungen – eine besonders hohe Aktualität zugeschrieben, wobei das Hauptinteresse auf den Kosten von Prüfungen und den unterschiedlichen Prüfungsdurchführungen der einzelnen Kammern liegt. Hier erwartet der Hauptausschuss möglichst zügig erste Zwischenergebnisse über empirische Befunde.

Über die Aufgaben der Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung und über den Stand der Arbeiten am Programm LEONARDO DA VINCI II informierte deren neuer Leiter, Klaus Fahle. Er berichtete, das Programm solle die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Weiterentwicklung der Qualität, der Innovation und der europäischen Dimension in den Berufsbildungssystemen und -praktiken der europäischen Länder fördern.

Zur Kenntnis nahm der Hauptausschuss das Diskussionspapier zur Weiterentwicklung der Kriterien und Verfahren zur Anerkennung und Aufhebung von Ausbildungsberufen. Es biete eine moderne Interpretation der Stellungnahme des Bundesausschusses für Berufsbildung, dem Vorgänger des Hauptausschusses, von 1974.

Ingrid Sehrbrock, Mitglied des DGB-Bundesvorstands (u. a. zuständig für berufliche Bildung), die als Nachfolgerin von Frau Ministerin Dr. Regina Görner neues Mitglied des Hauptausschusses ist, wurde einstimmig am Ende der zweitägigen Sitzung zur neuen Vorsitzenden des Hauptausschusses für das laufende Jahr gewählt und folgte damit dem bislang amtierenden Vorsitzenden, Dr. Bernd Söhngen,

der weiterhin als stellvertretender Vorsitzender für die Beauftragten der Arbeitgeber (neben Frau Pahl, Bund, und Herrn Faul, Länder) zur Verfügung steht. ■

